

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaßte Zeile oder deren Raum 35 Pfg., Veramtlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtsige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 49.

Mittwoch, den 27. Februar 1918.

25. Jahrg.

Eine interessante Reichstagsfikung.

Das deutsche Ultimatum an Rußland. — Scheidemann über Frieden und Streik.

In der gestrigen Reichstagsfikung wurde das Ultimatum Deutschlands an Rußland in seinem Wortlaut mitgeteilt. Es ist die harte Sprache des Siegers gegenüber dem Besiegten. Und fast wie Hohn klingt es, wenn in der Einleitung gesagt wird: „Beide Parteien sind entschlossen, fortan in Frieden und Freundschaft zu leben.“ Kann man je Freundschaft erwecken? Und welchen Eindruck wird dieses Ultimatum auf die Entente machen? Wir können infolge des langen Reichstagsberichts heute nicht näher auf diese Fragen eingehen und müssen unsere Leser auf den äußerst interessanten Bericht und insbesondere auf die glänzende Rede Scheidemanns verweisen.

Berlin, 26. Februar 1918.

134. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Payer, Wallraf, Graf Koedern.

Kleine Anfragen.

Abg. Uppers (Welfe) regt in einer Anfrage die Verlegung des Sitzes des Reichsausschusses für den Wiederaufbau der Handelsflotte von Berlin nach einer Hansestadt an.

Ministerialdirektor v. Jonquierre: Nur sachliche Rückfragen haben für Berlin gesprochen. Eine Verlegung nach einer Hansestadt würde die Arbeiten unerwünscht verzögern.

Abg. Dr. Heckscher (Sp.) wünscht Auskunft, welche Schritte in jüngster Zeit unternommen worden sind, um das Los deutscher Zivilgefangener in englischen Konzentrationslagern zu bessern.

Gch. Legationsrat v. Keller: Die Regierung hat überall dann, wenn ihr Klagen zu Ohren gekommen sind, nachdrücklichste Vorstellungen bei der englischen Regierung erhoben. Auf unsere Beschwerden hin sind die Klagen über die ungenügenden Lebensmittelrationen geringer geworden. Doch sind bei den Zurückgeführten noch immer Anzeichen von Unterernährung festgestellt worden.

Nach für die Lage der in den überseeischen britischen Besatzungen festgehaltenen Deutschen sind Verbesserungen und Erleichterungen erzielt worden. Bis jetzt hat sich nur die indische Regierung dazu verstanden, einen Teil der Internierten in die gesünderen Berglager zu bringen. Unsere Bemühungen auf gänzliche Aufhebung der ungesunden tropischen Lager werden fortgesetzt. Durch Vereinbarung mit England ist es gelungen, 1500 internierte Deutsche auf niederländischem Boden unterzubringen. Holland sei an dieser Stelle unser tiefgefühlter Dank ausgesprochen. Wir erziehen eine weitere Verständigung mit England über vermehrte Austausch mit Zivilgefangenen und die Heimbeförderung der in überseeischen Gebieten untergebrachten Deutschen an. (Beifall.)

Abg. Geyer (U. S.) weist in einer Anfrage darauf hin, daß Staatssekretär v. Kühmann in Breslau-Bitowsk erklärt habe, in Deutschland bestände keine Vorzensur. Tatsächlich stehe aber die „Leipziger Volkszeitung“ unter Vorzensur.

Ministerialdirektor Lewald: Staatssekretär v. Kühmann hat in Breslau-Bitowsk selbstverständlich nur sagen wollen, daß von einer allgemeinen Vorzensur für alle Zeitungen in Deutschland keine Rede sei. Dagegen hat er durchaus nicht in Abrede stellen wollen, daß in einzelnen Fällen für gewisse Zeitungen zu dieser Maßnahme einmal gegriffen werden muß.

Die erste Etatslesung.

Schatzsekretär Graf Koedern: Der ordentliche Haushalt balanciert mit 7 332 669 306 Mk. gegenüber 4 941 876 060 Mk. im Vorjahre, weist also eine Steigerung um 2 390 823 246 Mk. nach. Der außerordentliche Haushalt schließt mit 426 068 323 Mk. gegen 93 204 992 Mk. ab. Im letzten Jahre hatte das Haus zum Ausgleich neben laufenden Steuern durch den 20prozentigen Zuschlag zur Kriegsteuer eine einmalige Einnahme bewilligt, die wir damals auf etwa 500 Millionen veranschlagt haben, die uns aber in etwa dem doppelten Betrage im laufenden Rechnungsjahr zugute kommen dürfte. Die Tatsache, daß es sich hierbei um eine einmalige Einnahme handelte, ist in diesem Jahre wieder zu schaffen sein wird, führt uns zu dem Betrage, der in diesem Jahre zum Ausgleich der gestiegenen Ausgaben erforderlich ist, und der mit 2 875 Millionen Mark zu schätzen ist. Der Mehrbedarf findet seine Hauptbegründung in dem gesteigerten Zinsendienst. Die Reichsschuld erfordert eine Mehrausgabe von 2346 Millionen. Der Grundsatz, während des Krieges von neuen etatsmäßigen Stellen völlig abzusehen, hat sich nicht mehr voll aufrecht erhalten lassen. Anlaß zur Stellenvermehrung gab zunächst die Teilung des Reichsamts des Innern. Das neugegründete Reichswirtschaftsamt steht vor Aufgaben von allergrößter Tragweite. In Verbindung mit der Vertretung der einzelnen Wirtschaftszweige wird es in der Uebergangszeit an dem Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft an erster Stelle mitzuarbeiten haben. — Der Ertrag der sogenannten Kriegsgewinnsteuer mit Zuschlag wird voraussichtlich 5½ Milliarden überschreiten. Die Kohlensteuer hat in der letzten Zeit annähernd 70 Millionen monatlich gebracht und die Zigarettensteuer wiegt den niedrigsten Ertrag der Warenumschlagsteuer reichlich auf. Wenn wir, wie ich hoffe, aus dem Kriege ohne ungedeckte Fehlbeträge der Kriegsjahre herausgehen werden, so ist das auf die beiden Bewilligungen der letzten Jahre zurückzuführen. Daß der Reichstag an seinen bisherigen Grundsätzen weiter festhalten wird, glaube ich bestimmt annehmen zu dürfen. Die entsprechenden Steuervorlagen werden Ihnen, da sie noch nicht im Bundesrat durchbetaten werden konnten, erst zu Ostern zugehen können. Ob wir diese Vorlagen schon als den ersten Schritt in die große, am Ende des Krieges erforderliche Finanzreform, oder wieder als eine Zwischengefährdung während der Uebergangszeit vom Krieges zu betrachten haben

werden, steht noch dahin. Aber auch für den letzteren Fall werden unsere Gegner an der Westfront an dem Willen und der Kraft, finanziell den Endkampf auch hier zu bestehen, nicht zu zweifeln haben. Die Kapitalien unserer Sparer rüsten sich zu der im März wieder aufzulegenden Kriegsanleihe. Der Zuwachs bei der Sparkassen ist außerordentlich stark. Er ist im letzten Jahre nach Abschluß aller Zeichnungen der Sparer auf die Kriegsanleihe auf 3½ Milliarden zu schätzen. Die Zahl der Sparkassensparer hat sich 1917 um mindestens 1½ Millionen vermehrt. Das im Kriege nun einmal schneller rollende Geld ist also in weite Kreise geflossen, in die Kreise, die die Millionenzahlen der Zeichner der letzten Anleihen stellten und sie hoffentlich bei der nächsten wieder stellen werden. (Beifall.)

Reichstanzler Graf Hertling erscheint im Saal.

Abg. Trimborn (Ztr.): Die Bewegung für den Frieden wächst in allen Ländern zusehends. Der erste Schritt war die Friedensbotschaft unseres Kaisers 1916. Ihr ehrlicher Friedenswille wurde durch den Beschluß des Reichstages vom 19. Juli 1917 bekräftigt. Den ersten Erfolg der weiteren mühevollen Friedensarbeit haben wir am Freitag mit dem Ukrainevertrag einheimen können. Gestern haben wir die hoch erfreuliche Mitteilung von der Annahme der deutschen Friedensbedingungen durch Rußland gehört. Am 1. August 1917 erfolgte die Friedensunterzeichnung des Papstes, die von Deutschland sofort als geeignete Grundlage für geeignete Friedensbesprechungen bezeichnet wurde. Belgien hat erst Weihnachten 1917 darauf geantwortet und zwar nicht durchaus abschlehnend. Leider hat Wilson damals in einem Tone erwidert, der ehrlichen Friedenswillen nicht erkennen ließ. Die Nichtantwortung durch die übrigen Ententemächte hat verhindert, daß der Schritt des Papstes, der ein unergleichliches Verdienst war, unmittelbaren praktischen Erfolg hatte. Aus der gestrigen Rede des Reichstanzlers ist aller Welt klar geworden, daß über die großen, für die Zukunft der Völker entscheidenden Fragen Uebereinstimmung und in den strittigen Fragen Verhandlungsmöglichkeit besteht. Wilson hat durch seine letzte Rundgebung bewiesen, daß ihm die von Eroberungsabsichten diktierten Versailles Beschlüsse nicht abgehen haben, weiter für den Frieden tätig zu sein. Den Ergebnissen der sein abgemogenen und nüchternen Betrachtung des Reichstanzlers über die vier Punkte des Wilsonschen Friedensprogramms stimmen wir vollständig zu. Besonders erfreulich erscheinen uns die Ausführungen des Reichstanzlers über Belgien. Vier klare Richtlinien hat er aufgestellt. 1. Deutschland will Belgien nicht annektieren. 2. Belgien darf zukünftig nicht der Schauplatz von kriegerischen Angriffshandlungen sein. 3. Deutschland hat den ehrlichen Wunsch, mit Belgien wieder in Frieden und Freundschaft zu leben. 4. Alles weitere wird sich am Verhandlungslängstischen finden. Das oft verlangte klare Wort über Belgien hat mit einer direkten Einladung an die belgische Regierung geschlossen. Einflußreiche englische Politiker haben uns wiederholt gesagt, daß Klarheit über Belgiens Schicksal die Vorbedingung für die Aufnahme der allgemeinen Friedensverhandlungen sei. Jetzt gilt es für Englands liberale Politiker, die Rhodus, die Salta! In den Ostfragen begrüßen wir von Herzen die frohe Botschaft des gestrigen Tages. Mit den politischen Zielen des militärischen Vormarsches im Osten sind wir einverstanden. Eroberungsziele werden nicht verfolgt. Es wird Deutschlands Ruhm sein, daß es die armen Völker von ihren schweren Leiden erlöste. Es wäre ein bedeutender Schritt, wenn die Staatsmänner der Entente an Stelle des Vernichtungswillens ehrlichen Verständigungswillens treten ließen. Leider ist die Hoffnung darauf gering, aber solange uns die Feinde bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen. (Beifall.)

Die Rede des Reichstanzlers zeigte eine erfreuliche Frische (Heiterkeit). Dem von ihm entwickelten Programm stimmen wir zu. Auch seine Ausführungen über die gegenwärtige Stellung von Parlament und Regierung finden unsere volle Zustimmung. Die schlaglothringische Frage bezeichnet der Reichstanzler mit Recht als eine rein deutsche, und wir erwarten die Vorläufe der Regierung zu ihrer Regelung. Wenn die Erwartungen der Lebensmittelleistungs aus der Ukraine sich auch nur einigermaßen erfüllen, so schwindet jede Ernährungsfrage. Die musterwürdige Haltung unseres Volkes wird auch nicht beeinträchtigt durch den Streik, der am gesunden Sinne unserer Arbeiterkraft heiterkeit. Es war ein politischer Streik, veranlaßt von der Unabhängigen Sozialdemokratie. Er gefährdete unsere Munitionsherstellung, stärkte die Hoffnung der Feinde auf innere Schwächen und wirkte so kriegsverlängernd. Das zeigte sich deutlich auch an Trocki. Kein Ausdruck ist scharf genug, dieses Verhalten der Unabhängigen Sozialdemokraten zu brandmarken. Wertwürdige Leute sind diese Unabhängigen. Sie streiten für den Frieden, aber den ersten Frieden, den wir schließen können, lehnen sie ab. Sie wollen eben nicht Frieden, sondern internationale Revolution. (Zustimmung im Zentrum und rechts.) Nicht zu rechtfertigen ist auch das Verhalten der sozialdemokratischen Mehrheit. Sie wollen wohl einer klaren Auseinandersetzung mit den Unabhängigen aus dem Wege gehen und ein weiteres Abschweifen der Arbeitermassen zu diesen vermeiden. Aber das vaterländische Interesse hätte für sie ausschlaggebend sein müssen. Die klare Auseinandersetzung mit den Unabhängigen werden sie sowieso nicht vermeiden können. Auch die freien Gewerkschaften hätten den Streik wie die übrigen Arbeiterorganisationen deutlich verurteilen müssen. Korrekt und fest war das Verhalten der Regierung; durch ihre Bereitwilligkeit zum Verhandeln mit den Vertretern der Gewerkschaften gab sie zu erkennen, daß sie wirtschaftlichen Schäden abzuwehren bereit ist. Redner geht dann auf Einzelheiten des Etats ein, und betont das besondere Interesse seiner Freunde am Ausbau des Einigungs- und Tarifwesens, an den Kräfteherbeiführen, an der Fürsorge für die Beamten und am Mittelstand. Nach dem Kriege, darin sind wir wohl alle einig, werden wir allmählich wieder zu einer freien Volkswirtschaft gelangen müssen. Redner hofft auf einen guten Ausgang der preussischen Wahlreform, die

allerdings lediglich bei den preussischen gesetzgebenden Gattungen liegt, und sieht im Christentum die Macht, die moralischen Schäden des Krieges zu heilen. Das Jahr 1918 wird das Jahr der Entscheidung sein. Unerlässlich ist unser Vertrauen zur obersten Heeresleitung. (Bravo! im Zentr.)

Die Bedingungen des Friedens im Osten.

Unterstaatssekretär von dem Busche verliest das deutsche Ultimatum, das von der russischen Regierung angenommen ist. Die Bedingungen lauten:

1. Das Deutsche Reich und Rußland erklären die Beendigung des Kriegszustandes. Beide Nationen sind entschlossen, fortan in Frieden und Freundschaft zusammenzuleben.

2. Die Gebiete, die westlich der den russischen Besitzern im Breslau-Bitowsk mitgeteilten Linie liegen und zum russischen Reich gehört haben, werden der territorialen Hoheit Rußlands nicht mehr unterstehen; die Linie ist im Gegenzug Dünaburg bis zur Ostgrenze Rußlands zu verlegen. Aus der ehemaligen Zugehörigkeit dieser Gebiete zum russischen Reich werden ihnen keinerlei Verpflichtungen gegenüber Rußland erwachsen. Rußland verzichtet auf jede Einmischung in die inneren Verhältnisse der Gebiete. Deutschland und Oesterreich-Ungarn beabsichtigen, das künftige Schicksal der Gebiete im Einvernehmen mit deren Bevölkerung zu bestimmen. Deutschland ist bereit, sobald der allgemeine Frieden geschlossen und die russische Demobilisierung vollkommen durchgeführt ist, das östlich der obengenannten Linie gelegene Gebiet zu räumen.

3. Estland und Lettland werden von russischen Truppen und Koer Garde unverzüglich geräumt und von deutscher Polizeimacht besetzt, bis Landeseinrichtungen die Sicherheit gewährleisten und die staatliche Ordnung hergestellt ist. Alle aus politischen Gründen verhafteten Landesbewohner sind sofort freizulassen.

4. Rußland schließt sofort Frieden mit der ukrainischen Volksrepublik. Ukraine und Finnland werden ohne jeden Bezug von russischen Truppen und Koer Garde geräumt.

5. Rußland wird alles in seinen Kräften Stehende tun, um alsbald die ordnungsmäßige Rückgabe der osmanischen Provinzen an die Türkei sicherzustellen und erkennt die Abschaffung der türkischen Kapitalisation an.

6. a) Die völlige Demobilisierung des russischen Heeres einschließlich der von der jetzigen Regierung neugebildeten Heeresreste ist unverzüglich durchzuführen; b) die russischen Kriegsschiffe im Schwarzen Meer, in der Ostsee und im Eismeer sind entweder in russische Häfen zu überführen und dort bis zum allgemeinen Friedensschluß zu belassen, oder sofort zu desarmieren. Kriegsschiffe der Entente im russischen Machtbereich sind wie russische Kriegsschiffe zu behandeln; c) die Handelsfahrer im Schwarzen Meer und in der Ostsee sind wieder aufzunehmen.

7. Der deutsch-russische Handelsvertrag von 1904 tritt unter Wegfall der darin vorgesehenen besonderen Vergünstigungen für asiatische Länder wieder in Kraft. Dazu kommen Sicherung der Ausfuhrfreiheit und Ausfuhrzollfreiheit für Erze; alsbaldige Verhandlung über Abschluß eines neuen Handelsvertrages und Sicherung der Reichsbegünstigung bis mindestens Ende 1925.

Artikel 8 regelt die rechtspolitischen Fragen.

9. Rußland verpflichtet sich, jegliche antimilitärische oder antimilitärische Agitation oder Propaganda gegen die vier verbündeten Regierungen und ihre Staats- und Heereseinrichtungen auch im den von den Zentralmächten besetzten Gebieten einzustellen.

10. Die Bedingungen sind in 48 Stunden anzunehmen. Rußische Bevollmächtigte haben sich unverzüglich nach Breslau-Bitowsk zu begeben und dort binnen drei Tagen den Frieden zu unterzeichnen, der innerhalb der nächsten zwei Wochen ratifiziert sein muß. (Lebh. Beifall. — Zwischen bei dem Unabh. Soz.)

Abg. Scheidemann (Soz.):

Bei der Behandlung der großen Fragen der äußeren Politik steht das gewaltige Tauereispiel Rußlands voran, über dessen 5. Akt wahrscheinlich in diesen Tagen der Vorhang fallen wird. Was jetzt aus Rußland geworden ist, das zu erreichen, war nicht unsere Absicht. Wir kämpften für die Verteidigung unseres Vaterlandes gegen den Zarismus.

Aber wir kämpften weder für die Zerstückelung Rußlands noch für die Unterdrückung Belgiens, oder für Longwy und Brieg. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Als der Reichstanzler hier zuerst vom Selbstbestimmungsrecht der Völker sprach, hat er nicht erklärt, daß seine Anerkennung durch Deutschland den Wiederanschluß der Randvölker an Rußland ausschließen sollte. Eine derartige Vorsicht wird die gleiche Zurückhaltung auf anderen Seiten auslösen. Ob mit der Besetzung der Randvölker von Rußland etwas Nützliches erreicht ist, bezweifle ich. Aber keine Proteste gegen Dinge, die wir zu ändern nicht stark genug sind, haben keinen Zweck. Jedenfalls darf man die Randvölker nicht in ein engeres Verhältnis zu Deutschland bringen als sie selbst wollen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Noch einmal in letzter Stunde

warnen wir vor einer Regelung, die in Rußland Keuschheiten hervorruft

müßte. (Sehr wahr! bei den Soz.) Am unbefriedigenden Stand der Dinge im Osten hat der russische Bolschewismus viel schuld. Er hat Rußland vollständig entwaffnet und wenigstens anfangs keinerlei Interesse für die Erhaltung des russischen Reiches gezeigt. Wenn er uns jetzt zumutet, seine Fehler durch eine Revolution wieder gutzumachen, so verlangt er zuviel. Noch stehen wir im letzten im schweren Kampf, und die russischen Zustände unter elchewitscher Leitung sind kein ansehendes Vorbild. Es gehört ein sehr starker Glaube dazu, anzunehmen, daß nach einem 3-

Annahme des Reichstages... die Entente... die Friedensfrage... die Sozialdemokratie...

die ganze Welt würde aufatmen... (Sehr wahr!)... (Sehr wahr! bei den Soz.)... (Sehr wahr! bei den Soz.)...

Jedes Wort von autoritärer Stelle... die Sozialdemokratie... die Arbeiterpartei...

Ursachen des Streits... (Sehr wahr! bei den Soz.)... (Sehr wahr! bei den Soz.)... (Sehr wahr! bei den Soz.)...

Beschimpfungen auf uns... die Arbeiterpartei... die Sozialdemokratie... die Arbeiterpartei...

die Sozialdemokratie... die Arbeiterpartei... die Sozialdemokratie... die Arbeiterpartei...

die Arbeiterpartei... die Sozialdemokratie... die Arbeiterpartei... die Sozialdemokratie... die Arbeiterpartei...

die räpelhaften Reden auf die... der Arbeiter in den... die Sozialdemokratie... die Arbeiterpartei...

Staatssekretär... die Arbeiterpartei... die Sozialdemokratie... die Arbeiterpartei... die Sozialdemokratie...

anwesenden Polizeibeamten übergeben, der Schlichter ist entlassen. Sie wurden dem Polizeigefängnis zugeführt, wo sie die Montag verbüßen mußten. Nachdem am Montag festgestellt war, daß das Rind gekauft und bezahlt war, wurden die Verkäuferinnen in Freiheit gesetzt. Sie sowie der Landmann, der das Rind ohne Genehmigung des Viehhandelsverbandes verkauft hat, werden sich gerichtlich zu verantworten haben.

Wittler. Unglücksfall. In Krümmendief fand man den Müller Lemburg tot in der Mühle liegen. Die Verletzungen weisen darauf hin, daß Lemburg beim Schmieren in das Getriebe geriet. Er hatte aber noch die Kraft, nach unten zu gehen, wo man ihn als Leiche fand.

Neubrandenburg. Samsterei. Eine Frau, die mit gekauften Nahrungsmitteln nach Berlin wollte, wurde auf dem Bahnhof von der Polizei abgefaßt. Es wurden gegen 800 Eier, 20 Pfund Rindfleisch, 15 Pfund Butter, ferner Leber- und Mettwurst, Safer und Gerste, Roggen- und Weizenmehl und einige Pfund selbstgebackene Seife beschlagnahmt.

Sierberg. Brennender Güterzug. Der in der Station aus Richtung Sarow einlaufende Güterzug kam mit

zwei lichterloh brennenden, mit Brekströh beladenen Güterwagen hier an. In der Nähe der Kraftfabrik wurde der Zug auseinandergerangelt und mit der Löschvorrichtung der Fabrik die Bekämpfung des Feuers in Angriff genommen. Die Löschungsarbeiten gestalteten sich jedoch schwierig, so daß der fahplanmäßige Güterzug Verspätung nicht zu vermeiden war.

Warin. Ungetreuer Betriebsleiter. Der Betriebsleiter Paul R. in Warin war angeklagt, in den Jahren 1915 und 1916 als Flockenmeister der Flockenfabrik in Warin an ihn gezahlte Beträge von insgesamt 4000 bis 6000 Mk. nicht gezahlt, sondern für sich verbraucht zu haben. Er wurde von der Gürtower Strafkammer zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre verurteilt.

güter-Tonnen feindlichen Handelsschiffsraumes. Die meisten Schiffe wurden an der englischen Ostküste unter erheblicher feindlicher Gegenwirkung vernichtet, unter ihnen der bewaffnete englische Dampfer „Athene“ (4078 Brutto-Register-Tonnen). Ein anderer Dampfer von mindestens 4000 Brutto-Register-Tonnen wurde als größtes Schiff eines Geleitzuges in geschickt durchgeführtem Angriff abgeschossen. Fast alle Dampfer waren tief beladen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Genf, 26. Februar. Nach einer Meldung aus Petersburg telegraphierte der Volskommissar Stalin aus Kiew, die maximalistische Rada werde in West-Petrow den Friedensvertrag mit der Ukraine ratifizieren.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. GmH in Lübeck.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 26. Februar. (Amf.) Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz vernichteten unsere U-Boote 15 000 Brutto-Reg-

Opfertage am 2. und 3. März 1918

für die Spende für deutsche Soldatenheime an der Front.

Bekanntmachung.

Höchstpreise für Gemüse und Obst.

Auf Grund der §§ 4 und 7 der Verordnung des Reichs-Landrats über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 3. April 1917 sind vom Freitag, dem 1. März 1918 ab folgende Höchstpreise festgesetzt oder bleiben fernerhin in Gültigkeit:

Erzeugnis	Großhandelspr.	Kleinhandelspr.
1. Spinat		
a. Blattspinat la. Isler	45 Pfg.	52 Pfg.
b. Dolben- oder Vollspinat, auch Rinselspinat genannt	20 .	26 .
2. Dauerweißkohl geschlossene Ware	7 1/2 .	10 1/2 .
3. Dauerwirsingkohl geschlossene Ware	11 .	15 1/4 .
4. Dauerrotkohl geschlossene Ware	11 1/2 .	15 1/4 .
5. Grünkohl, die Strünke dürfen nicht länger als 10 cm sein	10 .	16 1/4 .
6. Kohlkohl		
a) gerührt	65 .	75 .
b) nicht gerührt	45 .	55 .
7. Blumenkohl		
a. gute Ware, markt- mäßig gerührt	50 .	60 .
b. abfallende Ware	30 .	40 .
Sämtliche Kohlsort. nicht geschlossen	3 .	5 .
8. Mören, Schmalzkrüb.	3 .	5 .
9. edle Teilmören Rübchen	40 .	48 .
10. Kleine marktliche Rübchen mit einem Durchmesser von höchstens 1 1/2 cm	12 .	17 .
11. Roterüben, Verbstrüb. (Stapel-, Wasser- und Roststrüb.)	2 .	4 1/2 .
12. Roterüben, einschließl. Schelonen ohne Lamm	17 .	24 .
13. Roterüben (rote Wurzel) und längliche Karotten ohne Kraut	9 1/2 .	13 1/2 .
14. Karotten, runde ohne Kraut	13 1/2 .	18 1/2 .
15. Mören, gelbe	6 1/2 .	9 1/2 .
16. Zerze Mören	3 .	4 1/2 .
17. rote Beeten	14 .	17 .
18. Schwarzwurzeln	50 .	55 .
19. Borret, gerührt, Blatt zur Hälfte geschnitten	50 .	60 .
20. Petersilienwurzeln ohne Kraut	30 .	35 .
21. Esträben, gelbe einschl. Gummiregebähr	3 1/2 .	5 1/2 .
22. Esträben, weiße einschl. Gummiregebähr	2 .	4 1/2 .
23. Meerrettich		
100 Stangen 80 Pfg.	50 .	55 .
100 Stangen 40 Pfg.	40 .	45 .
kleinere Ware	25 .	30 .
24. Sellerieknollen ohne Kraut	45 .	52 .
25. Sellerieknollen	70 .	80 .
26. Cichorienkraut, gebunden, Gewürz für das Suppen zubereiten 50 gr	15 .	20 .
Sämtliche Preise mit Ausnahme der Preise für Sauerkraut, das handelsmäßig gehandelt wird, gelten für ein Pfund und sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes.		

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter.

Zahlstelle Lübeck.

Nachruf.

Am 24. Februar starb nach langer Krankheit unser Kollege

Hermann Voigt.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, 28. Februar, nachmittags 1 Uhr, auf dem Bornacker Friedhof statt. Die Mitglieder versammeln sich um 12 1/2 Uhr im „Weißen Stüb.“. Um zahlreiche Beteiligung erucht

812) Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Verein Schwartau-Rensfeld.

Am 25. ds. Mts. starb nach längerem Leiden unsere treue Genossin

B. Prüb.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am 28. Februar, nachmittags 2 Uhr, vom Sterbehause aus statt. Um zahlreiche Beteiligung der Genossen u. Genossinnen wird gebeten.

817) Der Vorstand.

Danksagung.

Für die vielen Aufmerksamkeiten bei der Beerdigung meiner Frau sage ich allen Herrn Pastor Bode für die tröstlichen Worte meinen herzlichsten Dank.

Ludwig Egré

und Kinder.

Gummi-Sauger.

F. W. Heyde, Rönnestraße 34. (811)

Trockenes Tannenholz

mit Kaminen frei Haus per Sod 3.20, ab Lager 3.—

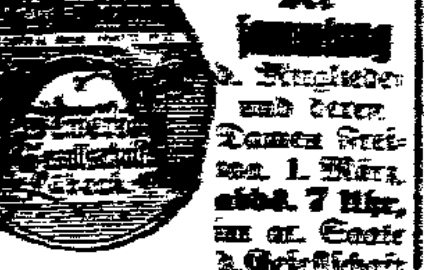
Heinrich Boye,

Kochen- und Holzhandlung, Stadthaus 17a. (806)

Glascheiben

aller Art off.

O. Fiedrich, Glasfabrik, in Lübeck, Markt 25. (808)



Der Vortrag

am Donnerstag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, im Saal des Stadttheaters. (813)

Aufruf zur Spende für deutsche Soldatenheime an der Front.

„Wir halten durch bis zum guten Ende!“ Diese eiserne Pflicht beherrscht unsere Männer an der Front. Im vierten Kriegswinter stehen sie draußen als die lebendige Mauer, die uns schützt. Auch die Heimat hält durch. Sie hält durch mit ihrer Liebe und mit ihren Opfern.

Die Front und die Heimat begegnen sich in den deutschen Soldatenheimen und in den deutschen Marineheimen. Sei es nun in der grauen Erde Flanderns oder auf der Vogesenwacht, sei es in den Sümpfen Polens oder auf den Bergen Mazedoniens, sei es an der nordischen Wasserkante oder im heißen Wüstenland Mesopotamiens, allüberall, wo deutsche Männer stehen, steht sich die Heimat durch die Soldatenheime und die Marineheime fest.

Die Heimat hat mit ihren Gaben geholfen, viele Truppenteile mit Soldatenheimen und Marineheimen zu versehen. Die Heimat hat zahlreiche Schwestern ausgestattet, welche diesen schönen Dienst versehen. Unsere Opferwilligkeit darf nicht erlahmen. Wir wollen durchhalten, unseren Feldgrauen und Marineblauen den Beweis zu erbringen, daß wir ihnen helfen, die Mühsal des Krieges zu ertragen. Helft uns, allen den Truppenteilen, die noch keine Heime haben, Soldatenheime und Marineheime zu bauen! Uns zugedachte Spenden werden auf Konto „Soldatenheime“ bei der Spar- und Anleihekasse erbeten.

Der Territorialbelegierte der freien Hansestadt Lübeck. Senator Kulenkamp.

Der Vaterländische Frauenverein. Frau Senator Strack.

Norddeutsche Strumpf-Reparatur, Hamburg

fertigt aus alten Strümpfen jeder Art mit zerrissenen Füßen, aber noch gut erhaltenen Beinlängen, tadellos reparierte, sodaß solche wie neue Strümpfe auch im Halbschuh getragen werden können.

Aus 6 Paar zerrissenen Strümpfen 4 Paar fast neue
Aus 6 Paar zerrissenen Socken 3 Paar fast neue.

Alle Strümpfe sind, gewaschen einzuliefern, zerrissene Füße dürfen nicht abgeschritten werden. Angabe der Stielgröße ist erwünscht.

Jeder Kunde erhält unter Garantie seine eigenen Strümpfe zurück. Preis für 1 Paar fertige Strümpfe oder Socken Mk. 1.80. Extra einzusetzende Flecken werden mit 15-30 Pfg. berechnet.

Annahmestelle: J. H. Pein, Lübeck, Am Markt 12. (808)

Gewerkschafts-Kartell, Lübeck.

Freitag, den 1. März 1918 abends 8 1/2 Uhr präzise

Kartell-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

- Tages-Ordnung:
1. Die Bundesratsverordnungen betr. Bezahlung der Feierschichten und Bekämpfung des Schleichhandels.
 2. Die Arbeiterpresse und ihre Verbreitung.
- Zu dieser Versammlung werden hierdurch auch die Gewerkschaftsvorstände und die Arbeiter-Ausschüsse der Betriebe eingeladen und um ihr Erscheinen ersucht.
- Die Kartellkommission.

Theater für die Jugend

im Kammersaal des Stadttheaters. Sonntag, den 3. März 1918, nachmittags 4 Uhr. Kassenöffnung 3 1/2 Uhr. (815)

Tischlein deck' dich!

Vorverkauf bei E. Robert, Brnie Straße und Holstenhaus.

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der Buchdruckerei „Lüb. Volksbote“ Johannisstraße 46.



Neu eingetroffen! Große Sendung Kaffee- u. Cellerwagen mit abnehmbar. Obergestell bis 8 Ztr. Tragkraft. C. Bliesath Wwe. Inh. Carl Landwehr. (819)

Hansa-Theater.

Heute abend 7 Uhr: (807) Die Förster-Christel.

Stadttheater.

Mittwoch, d. 27. Februar 1918 Die Garsdastürstin.

Donnerstag, d. 28. Febr. 1918 Gastspiel von Mirjam Horwitz und Erich Ziegel v. Deutschen Schauspielhaus Hamburg:

Erdgeist.

Tragödie v. Frank Wedekind. Freitag, den 1. März 1918:

Carmen.

Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.

Landesstelle für Gemüse und Obst.

Für die von der Städtischen Obst- und Gemüsebehörde bezogenen Obst- und Gemüsepreise sind die Höchstpreise festgesetzt worden. Alle Verkäufer sind verpflichtet, bei den bezogenen Obst- und Gemüsepreisen der Woche den Höchstpreis anzugeben.

Die Finanzbehörde.

Die Einkünfte und das Vermögen der Finanzbehörde werden in der Zeit vom 1. März bis 31. Oktober 1918 an den Steuerbescheidungen geachtet.

Die Finanzbehörde.

Für die von der Städtischen Obst- und Gemüsebehörde bezogenen Obst- und Gemüsepreise sind die Höchstpreise festgesetzt worden. Alle Verkäufer sind verpflichtet, bei den bezogenen Obst- und Gemüsepreisen der Woche den Höchstpreis anzugeben.

